



Andrássy Gyula Deutschsprachige Universität Budapest

ANDRÁSSY - ABHANDLUNGEN

ANDRÁSSY - ABHANDLUNGEN

Abhandlung Nr. 20

Prof. Dr. Reinhard Bettzuege

Europäische Erwartungen an Präsident Obama

*Vortrag an der Andrassy Universität Budapest
am 20.02.2009*

Reinhard Bettzuege

Europäische Erwartungen an Präsident Obama

*Vortrag an der Andrásy Universität Budapest
am 20.02.2009*

Vor genau vier Wochen wurde der 44. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Barack Hussein Obama auf den Stufen des Kapitols in Washington vereidigt. Auf ihn konzentrieren sich seither die Hoffnungen der Welt für viele Bereiche, zuvörderst für die Rettung der Weltwirtschaft, aber auch für eine Beendigung der Kriege des Nahen Ostens und in Afghanistan. Nicht umsonst fragte die Bildzeitung am Tag seiner Vereidigung: „Kann Obama die Welt retten?“, nicht mehr und nicht weniger. Bild fragte auch, ob Obama ein guter Präsident sein werde, nur 56 % sagten ja, 44 % aber nein. Dennoch: Seine 200.000 hoffnungsvollen deutschen Zuhörer an der Berliner Siegessäule waren Beispiel dafür, wieviel Europa von ihm erwartet. Erwartungen, die dem Obama-Team mittlerweile Angst einflößen, sie sprechen schon von der Notwendigkeit eines „Management of expectations“. Barack Hussein Obama – der neue Heilsbringer? Ein schwarzer Messias, der alles schon richten wird? Belgiens Kardinal Godfried Daneels hat dem schon öffentlich widersprochen: es gebe nur einen Messias! Die USA auf dem Weg zum gütigen Welthegeemon, nachdem die Monstrositäten neokonservativen Denkens gebannt sind? Jedenfalls ist Obama ein Präsident, der zum Erfolg verdammt ist. Dies allein schon deshalb, weil bereits defaitistische Stimmen zu hören sind, die auf einer Cocktailparty in Washington belauscht wurden: „In neun Monaten sind die Europäer ernüchtert“ meinte ein hoher europäischer Diplomat und ein Kollege aus dem State Department korrigierte ihn: „Das dauert keine drei Monate“. Ich glaube das nicht. Würden wir in Europa nicht schwarz sehen, wenn wir im Weissen Haus heute nicht „schwarz“ sähen? Obama soll wahrer Nachfolger Abraham Lincolns sein, gleichzeitig in Roosevelts Fußstapfen treten, ein junger Kennedy, prinzipienbewußt, patriotisch und pragmatisch auch als Inspirator der jungen Generation. Also, wie es seine Tochter Malia formulierte, nachdem sie Lincolns Antrittsrede studiert hatte, „You are the first black President, you better be good!“. Die letzten Wochen in Washington haben aber gezeigt, dass Obama

gewinnen kann, wenn er das Land hinter seiner Vision eines neuen Amerika versammeln kann.

Dies soll heute unser Thema sein und ich bin dankbar für die Gelegenheit, dies heute mit Ihnen diskutieren zu können.

Lassen Sie uns einen Moment vergegenwärtigen, was in Amerika selbst mit dieser Wahl passiert ist: Der Sohn einer weißen Mutter und eines schwarzen Vaters, den er kaum kannte, aufgezogen von seinen Grosseltern weit außerhalb des mainstream von amerikanischer Macht und Reichtum, ein Mann mit dem verdächtigen Vornamen Hussein, zudem der einzige Afro-Amerikaner im Senat, wird 140 Jahre nach dem Ende der Sklaverei, knapp 50 Jahre nach Ende der Rassentrennung und 40 Jahre nach der Ermordung Martin Luther Kings amerikanischer Präsident und damit der mächtigste Mann der Welt. 140 Millionen Amerikaner gaben ihm ihre Stimme, so viel wie seit 40 Jahren nicht mehr, er schnitt überdurchschnittlich gut ab: gewann er doch mehr Stimmen von weißen Wählern als seinerzeit John Kerry oder Al Gore. Übrigens hätten auch acht von zehn Europäern ihre Stimme für ihn abgegeben.

Mit diesem jungen schwarzen Präsidenten überraschte Amerika nicht nur die Welt, sondern auch sich selbst. Amerika hat jetzt die Chance, sich selbst neu zu erfinden. Aufbruchstimmung stellt sich ein, trotz aller düsteren wirtschaftlichen Wolken. Sein Blick auf die Welt hat nichts vom Exzeptionalismus eines John McCain oder einer Sarah Palin – wer ist Sarah Palin?. Er will den dreifachen Niedergang Amerikas aufhalten, gesellschaftlich, wirtschaftlich, außenpolitisch. Er will nichts anderes als den amerikanischen Traum erneuern. Amerika soll als Idee wieder entdeckt werden, aber der amerikanische Traum soll neu formuliert werden. Der südafrikanische Bischof Desmond Tutu hat das so formuliert: „We have a new spring in our walk and great expectations around the world. It is almost as when Nelson Mandela became President of South Africa in 1994“. Dennoch wollen wir nicht wünschen, dass es Obama ähnlich geht mit den Träumen für sein Land wie es Nelson Mandela gerade ergeht. Übrigens teilten John McCain und Barack Obama in ihren Wahlkampfreden die Ansicht, die USA seien Garant weltweiter Stabilität und unentbehrliche Ordnungsmacht, „the indispensable nation“ mithin. Das Projekt, das Obama damit verbindet, heißt: Erneuerung und Wiederherstellung der amerikanischen

Führungsrolle in der internationalen Politik – allerdings in dem Verständnis, dass “die Welt eine gemeinsame Sicherheit und eine gemeinsame Menschlichkeit teilt“. Führen heißt für Obama Führung durch eigenes gutes Beispiel, als Partner. Das ist für ihn der Weg zur Wiederherstellung der internationalen Glaubwürdigkeit: die Schließung Guantánamos und eine klare Absage an die Anwendung von Folter müssen dabei an erster Stelle stehen – bereits am ersten Tag nach Amtsantritt hat er entsprechende Schritte eingeleitet.

Darf ich bei dieser Gelegenheit sagen, wie sehr ich mich darüber freue, dass meine gute Freundin und Kollegin Anne-Marie Slaughter, Dekan der Politischen Fakultät in Princeton, neue Leiterin des Planungsstabs im State Department wird: sie hatte mehrfach in Artikeln in der New York Times gerade diese Ziele der Bindung an moralische Werte zum Credo einer neuen US-Außenpolitik erhoben.

Ja, es ist eine dreifache Herausforderung: die Versöhnung der polarisierten und verunsicherten amerikanischen Gesellschaft zu erreichen, den wirtschaftlichen und außenpolitischen Niedergang umzukehren und den weltweiten Verlust an Ansehen und Glaubwürdigkeit zu heilen. „This election feels like America’s great chance to rejoin the world after eight years of self-exile“ schrieb Nicholas Kristof in der New York Times unter der Überschrift „The Obama dividend“. Die neue Administration, überparteilich zusammengesetzt und pragmatisch orientiert, wird nicht, wie ihre Vorgänger, alles auf eigene Faust machen wollen und die eigenen Maßstäbe unsensibel durchsetzen, zu sehr ist mit dieser Methode Amerika an die Grenzen seiner Macht gestoßen, und zwar so sehr, dass allenthalben schon von der Endzeit des Imperiums gesprochen wurde. Obama sprach sogar in seiner Inaugurationsrede die „fear of the decline“ offen an. Die Pressekonferenz von Leonid Breschnew kommt in den Sinn, der in der beginnenden Endzeit des sowjetischen Imperiums von einem Journalisten gebeten wurde, den Zustand der Sowjetunion mit einem Wort zu beschreiben. „Gut“, sagte er. Als dann ein zweiter Journalist ihn bat, dasselbe in zwei Worten zu beschreiben, antwortete er: „Nicht gut!“. Dieselbe Dialektik gilt heute für die USA.

Obama ist Charismatiker, Netzwerker, Organisator, Inspirator. Er sucht Rat und kann zuhören. Er ist realistisch und pragmatisch. Er glaubt an Amerika, ist Kind des amerikanischen Idealismus. Seine

Biographie ermöglicht es ihm, wie kein anderer vor ihm, Amerika mit den Augen der Welt zu betrachten, sein Buch „Dreams from my father“, das ich Ihnen sehr zur Lektüre empfehlen möchte, ist beredtes Beispiel dafür. Dies bietet ihm enorme Chancen in der Gestaltung einer neuen amerikanischen Außenpolitik, auch deshalb wird seine für die ersten hundert Tage seiner Amtszeit angekündigte Rede an die Moslems in aller Welt mit so großer Spannung erwartet. Sein erstes Fernsehinterview hat er dem arabischen TV-Sender Al Jazira gegeben.

Innen- wie außenpolitisch also steht die Neufindung Amerikas auf dem Programm. 90 % der Wähler gaben an, ihr Land sei außenpolitisch auf dem falschen Weg, allerdings nannten nur 10 % in diesem Zusammenhang den Irakkrieg, der 2004 noch das beherrschende Thema gewesen war. 62 % meinten, die Wirtschaft sei das für sie ausschlaggebende Momentum bei der Präsidentenwahl gewesen, für 9 % war es das Gesundheitssystem. Obama selbst will sein Land neu einigen: er will zurück zu den „Vereinigten Staaten“. Wie schwer das ist, hat er in den ersten wenigen Wochen seiner Amtszeit schon schmerzvoll erfahren müssen.

Das ganze Ausmaß der autoritären Versuchung der Bush-Jahre ist noch nicht abzusehen. Es waltete exekutive Hybris, es herrschte Furcht, legislative und judikative Kontrollen wurden ausgehebelt, der Personalapparat systematisch ideologisiert. Die „sowjetische Periode“ nennt das Richard Ford, wichtiger amerikanischer Gegenwartsautor die Bush-Jahre. Obama appellierte an Einheit und Überparteilichkeit. Eine enorme Massenbewegung hat ihn ins Ziel getragen, aber nun müsste er angesichts der wirtschaftlichen Krise seines Landes über übernatürliche Kräfte verfügen, um schnell und wirksam Erfolge zu haben. In Berlin nannte Obama sich selbst einen „Weltbürger“, von Bush hätte man so etwas nicht hören können. In seiner Biographie macht er deutlich, wie sein Weltbild entstand: in den Hinterhöfen von Jakarta nämlich, wo er ab dem Alter von sechs Jahren lebte, die Armut überall erblickte und die Furcht erlebte, die von einem von Washington gestützten Diktator Suharto ausging. Dort registrierte er, wie die USA in ihrer Außenpolitik, ihrem Kapitalismus und ihrer Unterstützung für korrupte Staatslenker wahrgenommen wurde.

Mit einer Zustimmungsquote von 79 % ist Obama übrigens der populärste amerikanische Präsident bei Amtsantritt seit Jahrzehnten,

Abbildung dessen, was Colin Powell als „den neuen Geist im Land“ beschrieb.

Erwähnt werden muss, dass Obama schaffte, was Clinton 16 Jahre vor ihm gelang, ein Demokrat wurde ins Weiße Haus gewählt und gleichzeitig gab es in Senat und Repräsentantenhaus deutliche Mehrheiten für die Demokraten. Mindestens bis 2010, dann stehen wieder Kongresswahlen an, wird es in Washington kein geteilte Regierung geben, gute Startbedingungen für einen, der sich anschiekt, „change“ nach Washington zu bringen.

Interessant sind Hinweise, dass Obama schon vor seinem Amtsantritt Einfluss ausübe. So hat der französische Präsident Sarkozy am 17. Dezember 2008 seinen kurzfristig angekündigten Plan zur Verbesserung der Chancengleichheit vorgestellt, durchaus als Reaktion auf den Wahlsieg Obamas mit Blick auf dadurch bei Franzosen mit Migrationshintergrund aufkeimende Hoffnungen auf mehr Gleichbehandlung. Unruhe ist zu spüren in Ländern, die bisher Amerika als Land ansahen, das von Weißen für Weiße regiert wird und Farbige allenfalls im Sport und in Unterhaltungssendungen eine Bühne hatten. Dies hat sich nun verändert – mit möglichen Konsequenzen für die Behandlung von Minderheiten etwa in ostasiatischen Ländern, Tibet und Uighur kommen in den Sinn. Auch Indien, wo die Denkmuster der Mittelklasse in Bewegung gekommen sind und die indische Demokratie reifen würde, wenn Politiker künftig nicht aufgrund ihrer Kastenzugehörigkeit, sondern aufgrund ihrer Kompetenz in hohe Ämter gewählt würden. In Japan und Korea mag es Auswirkungen geben auf die bisherige ethnische Exklusivität und die Einwanderungspolitik, in Malaysia auf die Behandlung indischer und chinesischer Minderheiten. Die Zeitung „Het Nieuwsblad“ in Belgien schrieb, wohl mit Blick auf die Diskussionen im Lande über die Wahl eines marrokanischen Bürgermeisters im nahen Rotterdam, „auch wir dürfen den Glauben an die Veränderung nicht verlieren und müssen dazu fähig sein, einen Landsmann zu wählen, der vielleicht eine andere Hautfarbe oder einen anderen Glauben hat, der aber wie Obama über die erforderlichen Qualitäten verfügt“. Ein wichtiger Appell in einem demographisch sich rasant verändernden Europa.

Vergleiche Obamas mit Kennedy werden gern angestellt, aber sie verblassen. Vielmehr rücken auf dem Höhepunkt der Finanzkrise die ersten 100 Tage der Amtszeit Roosevelts auf dem Höhepunkt der „Great Depression“ 1933 in den Blick. Das Stichwort damals hieß: „New Deal“ und betraf rasche Arbeitsmarkteffekte und außenpolitische Kooperation über Parteigrenzen hinweg. In seiner Antrittsrede vom März 1933, mitten in der Rezession, erklärte Roosevelt der verzagten Nation: „Das einzige, was wir zu fürchten haben, ist die Furcht selbst – die namenlose, nicht gerechtfertigte namenlose Angst, die uns die notwendige Kraft nimmt, Rückgang in Aufschwung zu verwandeln“. Und noch ein weiterer Bezug zu Roosevelt ist erwähnenswert: Obama nahm Bezug auf die „four freedoms“, die Roosevelt in einer Rede vor dem Kongress am 6. Januar 1941 zur Grundlage einer künftigen Weltordnung erklärt hatte. Sein Hinweis auf „freedom from fear“ and „freedom from want“ nehmen das auf, die Betonung von „dignity“, von „Würde“ der Nation und damit der Verbriefung der Menschenrechte bei jedem außenpolitischen Handeln ist für viele bereits zur Obama-Doktrin stilisiert worden, zur vielleicht neuen außenpolitischen Doktrin Washingtons.

Der Komplex erneuerbare Energien ist zentraler Baustein von Obamas innenpolitischer Agenda. Bis 2030 wird eine Reduzierung der Ölimporte um 35 % angestrebt. Wird Amerika zur grünen Nation? Immerhin hat Obama mit der Ernennung des Physiknobelpreisträgers Steven Chu zum neuen Energieminister gezeigt, dass er in der Energiepolitik eine 180° Wende anstrebt. Dieser hat das Lawrence Berkeley National Laboratory in den letzten Jahren zu einem Speziallabor für die Erforschung alternativer Treibstoffe und Transportsysteme ausgebaut. Chus Lösungsvorschläge sind uns in Europa nicht fremd: umweltfreundliche Energien fördern, kohlenstoffneutrale Kraftwerke und moderne Stromnetze aufbauen, Kohlendioxid entsorgen und Biosprit aus Pflanzenabfällen herstellen – allein dafür hat Obama im Wahlkampf Investitionen in Höhe von 150 Milliarden Dollar angekündigt. Schon im Jahre 2013 sollen die ersten neun Millionen Liter des neuen Treibstoffs aus Biomasse fließen. Hinzu kommt ein Jobprogramm für Millionen grüner Jobs, sie sollen helfen, die Treibgasemissionen bis 2050 um 80 % zu verringern. Wenn die USA ihre Rolle als internationale Führungsmacht wieder einnehmen wollen, so müssen sie das auch in der Klimapolitik tun, etwa in einem „Global Energy Forum“ unter Beteiligung G-8 sowie Brasilien, China, Indien,

Mexiko und Südafrika. In seiner berühmten Chicagoer Rede nannte Obama in einer wohlüberlegten Reihenfolge diese Probleme: „zwei Kriege, ein Planet in Lebensgefahr und eine internationale Finanzkrise“. Inzwischen haben die Vereinten Nationen mit der Ausrufung ihres weltweiten Öko-Investitionsprogramms „Green New Deal“ Obama einen adäquaten Titel für sein eigenes Programm entwendet, der die Neudefinition der US-Umweltpolitik beschreiben könnte. Auf die Frage in der New York Times, wie realistisch Obamas Ankündigung sei, die Produktion umweltschonender Energie im Lande innerhalb von nur drei Jahren zu verdoppeln, sagte der Plasmaphysiker und Kongressabgeordnete Rush Holt: „Natürlich ist das erreichbar“.

Welche Fragen stellen sich außenpolitisch?

Vordringlich wird das Problem Nahost zu behandeln sein, der neue Präsident wird vor dem Hintergrund der Entwicklung in Gaza keine andere Wahl haben, als sich der Middle East Road Map mit größter Energie zuzuwenden. Bill Clintons früherer Botschafter in Israel, Martin Indyk, erwartet, dass Amerika auch unter Obama engster Verbündeter Israels bleiben wird, aber das Potential habe, aufgrund seines Lebenslaufs (und seines Vornamens Hussein) „stärker zu wirken als seine Vorgänger“. Hier sieht Indyk, wie bei anderen außenpolitischen Initiativen Obamas, eine starke Rolle für die Europäer, aber auch für Russland und China. Bei seinem Kurzbesuch in Israel und Palästina im Sommer 2008 sicherte Obama Palästinenserpräsident Mahmud Abbas zu, er werde bei der Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts im Sinne einer Zweistaatenlösung „nicht eine einzige Minute verschwenden“, sollte er zum amerikanischen Präsidenten gewählt werden. Genau das hat er getan: letzten Mittwoch ließ er sich zuerst mit Präsident Abbas, dann erst mit Ministerpräsident Olmert verbinden. Der gerade ernannte Sonderbeauftragte Nahost, George Mitchell, stammt aus einer irisch-libanesischen Familie, er wird in der arabischen Welt sicher als ehrlicher Makler anerkannt werden. Allerdings hat die Ernennung der Israel-freundlichen Hillary Clinton und seines künftigen Stabschefs Rahm Emanuel arabische Erwartungen gedämpft – hatte doch Emanuels Vater vor Israels Staatsgründung im Untergrund gekämpft. Der Hinweis ist angebracht, dass Israel seine Kampagne in Gaza just am Tage der Amtseinführung Obamas beendet hat.

Als nächstes steht die Frage an, wie der versprochene Rückzug aus dem Irak organisiert werden kann, ohne dort ein Vakuum zu hinterlassen, das neuer Gewalt oder iranischem Hegemoniestreben Vorschub leisten könnte. Dazu gehört auch die Frage nach Bremsung der iranischen nuklearen Ambitionen. Obama ist zu direkten Verhandlungen mit Teheran „von Angesicht zu Angesicht“ bereit, dort stehen im Juni Wahlen an. Iran akzeptierte das Angebot zum Dialog ohne Vorbedingungen

Schließlich ist ein weiterer Krieg zu gewinnen, der in Afghanistan. Hier plädiert Obama für 30.000 mehr US-Soldaten. Wird er damit die internationale Gemeinschaft, inklusive Deutschland, zu mehr Engagement am Hindukusch motivieren können? Wie wird er mit Pakistan umgehen? Wie wird er mit Blick auf den Klimagipfel in Kopenhagen im Dezember dieses Jahres die innenpolitische Konsensbildung harmonisieren?

Die Afghanistanpolitik soll überprüft werden, Afghanistan, von Frau Clinton als „narco-state“ bezeichnet, wurde als „top priority“ klassifiziert, Truppenverstärkungen wurden ebenso angekündigt wie eine Verdoppelung des zivilen Aufbaupersonals. Die Tonlage gegenüber der Regierung Karsai hat sich verschärft: Obama hat Karsai vorgeworfen, „im Bunker“ zu verharren, statt bei der Neuorganisation des Landes mitzuhelfen. Gerade war Richard Holbrooke bei Karzai zu Gast, aber Obama selbst hat mit ihm noch nicht telefoniert. NATO-Generalsekretär de Hoop-Schaeffer schrieb vor wenigen Tagen in der „Washington Post“ gänzlich undiplomatisch, „Wir haben genug gezahlt, an Blut und Geld, um zu fordern, dass die afghanische Regierung konkretere und energischere Maßnahmen ergreifen muss, um die Korruption auszurotten und die Effizienz zu stärken, selbst wenn dies schwierige politische Entscheidungen erfordert“. Joe Biden schließlich ließ bei seinem Besuch in Kabul Anfang Januar sogar durchblicken, dass die USA, dem Karsai ja sein Amt verdankt, sich einen anderen Regierungschef durchaus vorstellen könnte, Innenminister Hanif Atmar könnte das sein.. Die nüchternen Realitäten in dem Land am Hindukusch machen dies nötig. 30.000 zusätzliche Soldaten sollen entsandt, der Aufbau von afghanischem Militär und Polizei beschleunigt, der Drogenhandel energischer bekämpft und mehr Geld in den Wiederaufbau gesteckt werden. Zugleich soll der Druck auf Pakistan erhöht werden, die Taliban in den politischen Prozess einbezogen

werden und eine regionale Strategie Platz greifen. Übrigens hat auch Obama dem Terroristen Bin Laden den Kampf angesagt: „Bin Laden und al-Qaida sind unsere Bedrohung Nummer eins, was die Sicherheit der Vereinigten Staaten angeht. Wir werden alles in unser Macht Stehende tun, um sicherzustellen, dass sie sich keine Rückzugsgebiete schaffen können, um Amerika anzugreifen“. Dieser Hinweis gilt Pakistan – obwohl dieses Land bereits 2000 Soldaten im Kampf gegen die Taliban verloren hat.

Eine außenpolitische Baustelle wird sensibel bleiben, die Beziehungen ausgerechnet zum Vatikan in Fragen der Abtreibung und der Stammzellenethik. Trotz Obamas eindeutiger Haltung dazu hat eine Mehrheit der 67 Millionen amerikanischen Katholiken gewählt, obwohl der eine oder andere Bischof seine Wahl mit dem Garten Gethsemane verglich, der Stelle, wo Jesus bekanntlich vor seiner Kreuzigung litt. Die päpstliche Botschaft, die in dem Edikt „Dignitas Personae“ enthalten ist, bleibt jedenfalls ein Stein des Anstoßes zwischen Washington und Rom.

Die neue US-Außenministerin Hillary Clinton hat Mitte Januar bei ihrer Nominierungsanhörung im Senat erste Perspektiven der neuen amerikanischen Außenpolitik erkennen lassen. Vielleicht ist die wichtigste Erkenntnis diese: „Amerika kann die drängendsten Probleme der Welt nicht alleine lösen, und die Welt kann sie nicht ohne Amerika lösen“. Eine klare Absage an den Unilateralismus ist das, ein Hinwendung zu multilateralem Handeln, vor allem mit den europäischen Partnern. Nur einmal und sehr kurz sind die Europäer in Clintons Nominierungsrede erwähnt, aber immerhin sprach sie von den „traditionellen vertrauensvollen Beziehungen zu Europa, die es zu stärken gelte und davon, dass es weltweit keine verlässlicheren Partner für die USA gebe als die Europäer. Clinton kündigte an, sie werde sich hier besonders an Frankreich, Deutschland und das Vereinigte Königreich wenden. Kehrseite dieser Huldigung werden Forderungen nach mehr Kooperation seitens Europa sein, auch und gerade von Deutschland. Im Wahlkampf sagte Obama das so: „Ein verantwortungsvolleres und kooperatives Amerika wird darauf schauen, dass Europa seinen Verantwortlichkeiten bei Themen wie Afghanistan, Iran, Terrorismus, Afrika und der Umwelt nachkommt“. Jedenfalls ist „Konsultation“ für Clinton das Gebot der Stunde, „leadership through diplomacy“ heißt das ehrgeizige Ziel.

Zweites Prinzip der neuen Außenpolitik soll der Vorrang der Diplomatie vor militärischen Lösungen haben, dies ist sicher Hinweis auf die künftige Iranpolitik – wenngleich mit dem Zusatz, wonach keine (gemeint ist militärische) Lösung vom Tisch sei. Es ist nicht vergessen, dass Clinton im Wahlkampf durchaus mit der „völligen Vernichtung“ Irans gedroht hatte. Der neue Ansatz soll einen Dialog mit der Führung in Teheran ermöglichen, den Bush stets abgelehnt hatte.

In Distanz zur scheidenden Bush-Administration betonte Hillary Clinton, ihre Außenpolitik werde „auf Prinzipien und Pragmatismus, nicht auf rigider Ideologie“ beruhen: „Smart Power“ nennt sie das, kluge Machtausübung oder in anderen Worten: ein intelligenter Mix von hard power und von soft power. Darunter verstehe sie „den Einsatz unseres vollen Arsenal an Mitteln“, dies soll das Land weltweit wieder in eine Führungsrolle zurückführen: „Ich glaube“, sagte Clinton, „dass es an amerikanischer Führungskraft gemangelt hat, dass diese aber immer noch gefragt ist“. „Our nation must lead by example rather than edict“ betonte sie in Anlehnung an Thomas Jefferson, dem ersten amerikanischen Außenminister, dessen Prinzipien ähnlich klangen: „The interests of a nation when well understood will be found to coincide with their moral duties“.

Clinton betonte, der Kampf gegen den Klimawandel gehöre zu den Prioritäten der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik und das ist gut so: längst sind die mit dem Klimawandel einhergehenden sicherheitspolitischen Bedrohungen deutlich geworden.

Unklar blieb naturgemäß der Ansatz zur Lösung der Probleme im Nahen Osten, hier sagte sie nur „jede Anstrengung“ zu, eine Friedensregelung zu erreichen. Natürlich billigte sie Israel ein Recht auf Selbstverteidigung gegen die Raketen der Hamas zu, aber sie erwähnte im gleichen Atemzug auch „die tragischen humanitären Kosten“ des Konflikts sowie die „legitimen politischen und wirtschaftlichen Rechte der Palästinenser“. Hier wird entscheidend sein, wie die USA Israel zum Rückzug aus den besetzten Gebieten, zur Aufgabe der Siedlungspolitik in Palästina und zu Etablierung eines einheitlichen palästinensischen Staates bewegen wollen.

In Richtung Teheran bekräftigte Clinton, dass es „inakzeptabel“ sei, dass Teheran zu einer atomar bewaffneten Militärmacht aufsteige,

gemeinsam mit ihren Verbündeten würden die USA „das gesamte diplomatische Instrumentarium“ anwenden, um dieses zu verhindern.

Zum Thema Irak bekräftigte Clinton den Rückzug der immer noch 140.000 US-Truppen aus irakischen Städten bis Juni 2009 und aus dem Irak insgesamt bis Ende 2011, hier war Obama optimistischer, er hält einen schnelleren Abzug für möglich.

Wie der neue Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, John Kerry, nannte Clinton als weitere Prioritäten die Verbesserung der Beziehungen zu den Nachbarn in Lateinamerika, „our closest allies“. Tatsächlich verschiebt sich mit dem Amtsantritt Obamas das lateinamerikanische Machtgefüge, jedenfalls hat der venezolanische Präsident Hugo Chavez mit dem 20. Januar seinen Lieblingsfeind verloren. Aufschlussreich wird sein, wie schnell Chavez und sein Gesinnungsfreund aus Bolivien, Evo Morales, die seit September 2008 unterbrochenen diplomatischen Beziehungen mit den USA wiederaufnehmen wird. Schon im April wird der Gipfel der Americas stattfinden. Kuba wird ein anderer Faktor in diesem Zusammenhang sein. Denn fast alle lateinamerikanischen Regierungen erwarten von Obama eine zumindest teilweise Aufhebung der gegen Castros Insel verhängten Wirtschaftssanktionen, Havanna selbst sendete Signale mit dem Wunsch nach Dialog.

Mit Russland will Clinton die Verhandlungen über die Verringerung der Nuklearsprengköpfe, einen umfassenden Atomteststopp und die Intensivierung der Kooperation im Kampf gegen die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen erreichen. 27.000 taktische und strategische Atomsprengköpfe gibt es auf der Welt, mehr als 90 % davon befinden sich in den Händen der Vereinigten Staaten und Russlands. Eine Reduzierung bis auf 1000 auf beiden Seiten heißt das ehrgeizige Ziel Am 5.12.09 läuft der Vertrag über die Reduzierung strategischer Waffen (START) aus, im Frühjahr 2010 soll in New York die nächste Überprüfungskonferenz des von 190 Staaten unterzeichneten Nichtverbreitungsvertrages (NPT) stattfinden. Das 1970 gegebene Versprechen einer „allgemeinen und vollständigen nuklearen Abrüstung“ ist bis heute nicht eingelöst. Die Vision einer Welt ohne Nuklearwaffen ist bei Obama aber durchaus vorhanden: „Hier ist, was ich als Präsident sagen werde: Amerika strebt nach einer Welt, in der es keine Atomwaffen gibt“, mithin die Perspektive eines

Nichtverbreitungsvertrages, die kürzlich in einem Offenen Brief von Egon Bahr, Hans-Dietrich Genscher, Henry Kissinger und Richard von Weizsäcker bei Obama angemahnt wurde. Mit einem Wort: „Global Zero“ wird angestrebt, wie Fachleute eine atomwaffenfreie Welt nennen, bei aller Skepsis: in der NATO hieß es dazu schon: „Entweder die ungerechte nukleare Ordnung bleibt bestehen, oder es gibt überhaupt keine Ordnung“, so jedenfalls Planungschef Rühle. In einem von Verteidigungsminister Gates in Auftrag gegebenem Bericht des Pentagon steht dazu: die Präsenz amerikanischer Atomwaffen in Europa bleibe ein Pfeiler der Einheit der NATO. Wie dem auch sei :Deutlich genug unterstrich Frau Clinton in Richtung Moskau amerikanische Werte und Normen. Interessant wir sein, wie Obama sich bei dem geplanten Raketenabwehrsystem in Polen gegen iranische Raketen verhalten wird, meiner Ansicht nach wird er hier auf Zeit spielen, um den Dialog nicht zu erschweren. Es ist nicht vorstellbar, dass Obama die russische Unterstützung im Nahen Osten und für den Iran bekommt, ohne diese Pläne aufzugeben. Eine „umfassende“ Russlandstrategie hat Obama angekündigt, wie sie aussehen wird, ist noch unklar. Natürlich soll eine Rückkehr zum kalten Krieg vermieden, aber mit Blick etwa auf Georgien soll das Prinzip der Souveränität unterstrichen werden. Im Gegenzug soll Russland eine vollständige Integration in das internationale System in Aussicht gestellt werden. Die NATO soll endlich gegenüber Russland mit einer Stimme sprechen, eine deutliche Ermahnung auch an die deutsche Adresse.

Senator Lugar fügte aus gegebenem Anlass hinzu, die „Frage der Energiesicherheit“ müsse „in den Vordergrund der Beziehung zu fast jedem Land“ gestellt werden, Clinton erwähnte fast beiläufig in diesem Kontext auch den Zusammenhang zwischen dem Artikel 5 des Nordatlantikvertrages und der Energiesicherheit. Russlands Gaspolitik sei ein signifikantes Sicherheitsproblem“.

Die Vertiefung der Partnerschaft mit China wurde –vage genug – ebenfalls erwähnt. China wurde zu Recht als globale Macht angesprochen. Wie mit Russland, so werde man auch mit China die Zusammenarbeit besonders auf den Feldern Terrorismus, Proliferation, Klimawandel und der Reform der Finanzmärkte suchen. Im Wahlkampf hatte Obama angekündigt, „einen effektiven regionalen Rahmen“ in Asien schaffen zu wollen, also eine Art Sicherheitsforum oder Sicherheitspartnerschaft in Asien etwa nach dem Modell der OSZE.

Bemerkenswert in Obamas Antrittsrede sind dabei die folgenden Sätze an die Führer in der Welt wandte, „die sich durch Korruption und Täuschung oder dadurch an die Macht klammern, dass sie abweichende Meinungen zum Schweigen bringen“ – „Ihr sollt wissen“, so Obama, „dass Ihr auf der falschen Seite der Geschichte steht, aber dass wir eine Hand ausstrecken werden, wenn Ihr Eure Faust öffnet“- ein Zitat übrigens, das wortgleich schon Bill Clinton 1997 dem Staatschef Jiang Zemin wegen Tiananmen entgegenhielt. Natürlich ließen die chinesischen Internetportale sina.com und sohu.com dieses Zitat aus. Auch die guten Kontakte der Demokraten zum Dalai Lama werden Peking ein Dorn im Auge sein. Aufhorchen ließen Äußerungen von Finanzminister Geithner, wonach China seine Währung zulasten Amerikas manipuliere, andererseits ist der politische Spielraum wohl eingeeengt durch das enorme Budgetdefizit Washingtons, zu dessen Heilung es Chinas bedarf.

Indien wurde sehr kurz, Afrika ein wenig intensiver angesprochen. Gerade in Afrika sind, wegen der Herkunft von Obamas Vater aus Kenia, die Erwartungen an Obama hoch. Gleichzeitig hat kein amerikanischer Präsident vor ihm je größere Chancen auf wirkungsvolle Einflussnahme auf den schwarzen Kontinent gehabt: Good governance, Respekt für Menschenrechte, Transparenz, friedliche Streitbeilegung, sozio-ökonomische Entwicklung und der Kampf gegen den Terrorismus bilden hier die Parameter. Wenn dies einer bewegen kann, dann der schwarze 44. Präsident der Vereinigten Staaten. Kenias Präsident Mwai Kibaki hat deshalb auch unverzüglich den 6. November, den Tag des Sieges von Obama, zum nationalen Feiertag erklärt und das Nationaltheater in Nairobi spielt seit einigen Wochen das Obama Musical.

Natürlich durfte die NATO nicht fehlen, sie wird schließlich im April in Straßburg und Baden-Baden ihren 60. Geburtstag feiern, Präsident Obama, in Hawaii geboren, dem eine originäre atlantische Bindung abgeht, wird dabei sein. Anklänge zum britisch-amerikanischen Konzept einer „Global NATO“ wurden deutlich, als Clinton im NATO-Kontext auch Japan als Eckpfeiler amerikanischer Politik in Südostasien und zusätzlich Südkorea, Australien und ASEAN-Partner erwähnte. Hinweisen möchte ich vor diesem Hintergrund auf die bevorstehende Überarbeitung des Strategischen Konzepts der NATO aus dem Jahre 1999, das in diesem Jahr zur Neufassung ansteht, dies wird ein wirklicher

transatlantischer Testfall sein, festzustellen, wie ein Konsens erzielt werden kann zwischen Washington und Brüssel über die künftigen Aufgaben des Bündnisses. Übrigens sollen die Rüstungsprogramme aller Teilstreitkräfte einer gründlichen Prüfung unterzogen werden, an der bereits stattfindenden Erhöhung der Personalumfänge des Heeres um 65.000 und die der Marines um 27.000 Mann wird festgehalten. Das Verteidigungsbudget soll für dieses Jahr auf Vorjahresniveau bleiben. Wesentlicher Streitpunkt in der NATO war in den letzten beiden Jahren die Frage, wie schnell die NATO-Erweiterung weitergehen sollte, etwa um Georgien und der Ukraine, hier ist Diskussionsbedarf. Mittlerweile hat Präsident Obama über den US-Botschafter bei der NATO allen NATO-Verbündeten eine Botschaft zukommen lassen, in der er die Bedeutung des Bündnisses als „a unique alliance“ herausstellte.

Ein einziges Mal lobte Frau Clinton den scheidenden Präsidenten, nämlich für seinen Einsatz im Kampf gegen Hunger, Krankheiten und Armut, zumal in Afrika. Dies bleibe prioritär.

Alle diese Aufgaben sollen überdies durch eine kräftige Verstärkung des State Department erledigt werden, welches chronisch unterbesetzt sei.

„Eine neue Ära der Verantwortung“ könnte wohl die beste Überschrift sein über Obamas ebenso ernsten wie anspruchsvollen, aber doch auch sehr konservatorischen Antrittsrede vor dem Kapitol. Mit Ernst und Entschlossenheit macht er sich daran, „Amerika neu zu erfinden“. Dafür appellierte er, sich auf harte Arbeit, Chancen für jeden und soziale Balance als die originären Quellen der Stärke des Landes zu besinnen. Jeden Einzelnen forderte er auf, sich Ziele zu setzen, die über Eigennutz hinausreichen und dem Gemeinwohl dienen. Sein Bekenntnis zur Marktwirtschaft, trotz aller staatlichen Finanzhilfen, war eindeutig, verbunden mit dem Ruf nach wachsamer staatlicher Aufsicht über mögliche Exzesse. Sozialen Ausgleich sieht er nicht als Gebot der Caritas, sondern als sichersten Weg zum Gemeinwohl.

Im außenpolitischen Teil seiner Rede wies Obama jede Vermutung zurück, dass es eine Wahl geben könnte „zwischen unserer Sicherheit und unseren Idealen“. Die Herrschaft des Rechts und die Rechte des Einzelnen, wie in der Verfassung verbrieft, dürfe und werde Amerika auch heute nicht aufgeben. Mit den Worten „all are equal, free and deserve happiness“ bestätigte er seinen Glauben an das Fortbestehen des

„American Dream“. Gleichzeitig bekräftigt er Amerikas Führungsanspruch in der Welt: „Know that America is a friend of each nation, and every man, woman and child who seeks a future of peace and dignity, and that we are ready to lead once more“. Nicht Amerikas Macht garantiere seine Sicherheit, sondern „die Gerechtigkeit und Richtigkeit unserer Sache, die Kraft unseres Beispiels, die mäßigen Eigenschaften von Bescheidenheit und Zurückhaltung“. Den Rückzug aus dem Irak, einen „hart verdienten Frieden in Afghanistan“, die Reduzierung der nuklearen Bedrohung und den Kampf gegen die Erderwärmung nannte er, wie schon im Wahlkampf, ausdrücklich als Ziele. Er zögerte aber auch nicht, eine unmißverständliche Warnung an alle zu formulieren, die ihre Ziele mit terroristischen Mitteln durchsetzen wollten: „Wir sind stärker und wir lassen uns nicht brechen; wir haben den längeren Atem und werden euch besiegen“. Eindrucksvoll war auch Obamas Beschreibung Amerikas als „Nation von Christen und Muslimen, Juden und Hindus – und Nicht-Gläubigen, geprägt durch alle Sprachen und Kulturen dieser Erde“. Er bot der muslimischen Welt einen „neuen Weg voran“ an, „gegründet auf gemeinsamen Interessen und gegenseitigem Respekt“. Er appellierte an die Tugenden harter Arbeit und Ehrlichkeit, Mut und Fair Play, Toleranz und Neugier, Loyalität und Patriotismus. „Diese Dinge sind alt. Diese Dinge sind wahr“ Sie bildeten die Basis für eine „neue Ära der Verantwortung“. Europa wurde übrigens nicht erwähnt in Obamas Rede, außer in einem Bezug zur Landung in der Normandie. In seiner Berliner Rede allerdings hatte Obama sich an die Europäer gewandt mit den Worten: „Yes, there have been differences between America and Europe. No doubt, there will be differences in the future. But the burdens of global citizenship continue to bind us together. A change of leadership in Washington will not lift this burden. In this new century, Americans and Europeans alike will be required to do more, not less. Partnership and cooperation among nations is not a choice; it is the only way to protect our common security and advance our common humanity. ..America has no better partner than Europe“.

Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier hat im Spiegel vom 12. Januar 2009 in einem Offenen Brief an President-elect Obama „engen Schulterschluss“ angeboten für die Bewältigung aller Aufgaben, die er enumerativ aufzählte: „Eine transparente und verlässliche Architektur des Weltfinanzsystems. Der Kampf gegen die Wirtschaftskrise. Die Neuordnung der globalen Institutionen. Die

Begründung von neuem Vertrauen zwischen Ost und West. Brücken zwischen verschiedenen, einander fremden Kulturen und Religionen. Frieden und neue Perspektiven dort, wo heute Krisen regieren. Wirksame Maßnahmen gegen den Klimawandel. Weltweite Abrüstung statt der Ausbreitung von immer gefährlicheren Waffen“. Er forderte dafür eine „Neue Transatlantische Agenda“. Auch Angela Merkel hatte in einem ersten Kommentar zu Obamas Wahlsieg vom „Geist der Gemeinsamkeit“ gesprochen, den es zu entwickeln gelte. „Wechselseitiges Zuhören und gemeinsames Handeln“ heißt ihre Formel. Eine Formel, die Joe Biden bei der Münchener Sicherheitskonferenz unmittelbar aufgriff: „Amerika will zuhören“, sagte er, aber fügte auch hinzu, Europa müsse Vorschläge unterbreiten zur Lösung der globalen Probleme, inkl. des Problems Afghanistan. Steinmeier wirbt auch für Prüfung der russischen Vorschläge für eine Neue Europäische Sicherheitsarchitektur – die allerdings, das soll nicht verschwiegen werden, prima facie die Existenz von NATO und OSZE durchaus in Frage zu stellen bereit sind. Für eine künftige NATO erwartet Steinmeier „eine ehrliche Aufgabendiskussion und eine grundsätzliche Verständigung über die zukünftige Ausrichtung des Bündnisses, so etwas wie den neuen Harmel-Bericht „. Ich füge hinzu: hier wird Deutschland beweisen müssen, wie ernst es ihm ist mit der neuen NATO für das 21. Jahrhundert, die Verhandlungen über das neue Strategische Konzept werden da erste und ernste Konflikte hervorbringen. John Vinocurs Artikel in der International Herald Tribune vom 6. Januar 2009 ist in diesem Zusammenhang zu nennen. Unter der Überschrift „German comfort zone: Oblivious and proud“ beklagt Vinocur den fehlenden Willen zu „leadership“ in Deutschland, „Germany is giving the impression it’s comfortable with a diminished hand on European and global leadership“, so schreibt er. Wie passt beides wohl zusammen? Atlantische Flitterwochen sind mit dem 20. Januar nämlich noch nicht angebrochen. Jedenfalls hat Frau Merkel in München den kooperativen Ansatz Obamas und Bidens aufgenommen und wortgleich mit Obama bekräftigt: „Die internationalen Konflikte heute können von keinem Land mehr allein gelöst werden,... wir müssen dies gemeinsam tun“. Die Bundeskanzlerin bekannte sich dabei auch unmißverständlich zur gemeinsamen transatlantischen Allianz, ihren Werten von Freiheit und Demokratie, zum Konzept der vernetzten Sicherheit, also Krisenbewältigung und Krisenprävention, ganz im Sinne der gerade adaptierten Europäischen Sicherheitsstrategie. Die

Amerikaner wollen darauf eingehen, sie wollen sozusagen den reset-Knopf in ihrer Aussenpolitik drücken, zuhören und lernen, aber Biden wie Obama sagten auch: „Wir werden zusammen mit unseren Partnern handeln, wann immer wir können, - und alleine, wenn wir müssen“.

Eine Kolumne im Economist vom 25. Oktober 2008 läßt schmunzeln, die nacherzählt, wie Obama bei seinem Europabesuch im Frühjahr 2009 zunächst in Prag halt macht, der Referenz der tschechischen EU-Präsidentschaft wegen und auf dem Wenzelsplatz verkündet, nicht nur werde er Guantanamo sofort schließen, sondern auch die Folter verbieten und gemeinsam mit der EU wolle er sofort den Kampf gegen den Klimawandel aufnehmen und Kyoto unterschreiben. Verhaltene Freude – sind die Menschen in Mitteleuropa doch derzeit eher in Sorge über die Rezession als über CO2-Werte. Dann reist er nach Berlin, wo er transatlantische Werte einfordert und mehr deutsches Engagement in Afghanistan verlangt – alle winden sich, der von Merkel beschworene „Geist der Gemeinsamkeiten“ schmilzt dahin wie Schnee in der Sonne, sie hatte , gemeinsam mit Peter Struck und vielen anderen, längst erklärt: „weitere militärische und zivile Hilfe durch die Bundeswehr ja, aber kein breiter Kampfeinsatz im Süden“. Weiter geht die Reise nach Paris. Dort erklärt Obama, er habe sich entschlossen, die Doha-Runde erfolgreich abzuschließen, künftig seien alle Subventionen für die Baumwollfarmer in Alabama zugunsten afrikanischer Bauern gestrichen. Sarkozy ist gar nicht erfreut, denkt er doch an seine Agrarsubventionen . Und in Brüssel angekommen möchte der amerikanische Präsident gern mit Mr. Europe reden, den es weiter nicht gibt. Man könnte so fortfahren...

Die Frage schließt sich an, ob Obama also gut ist für Europa, oder wie die Friedrich-Naumann-Stiftung fragte, ob er gar ein „europäischer Präsident“ sein könne. Obama-Manie sollte uns nicht zu Fehlschlüssen verleiten. Aber vielleicht ist die Behauptung nicht ganz abwegig, dass die Wahl Obamas für die Bundesrepublik Deutschland wichtiger ist als die Kür des eigenen Bundeskanzlers. Er gehört, trotz Harvard, sicher nicht zu den WASPs, den White Anglo-Saxon Protestants, die so lange die amerikanische Ostküsten-Identität bestimmten. Samuel Huntington hatte in seinem letzten Buch „Who are we?“ schon bedenkschwer darauf hingewiesen, wie sehr sich sein Land verändere und eine neue Identität annehme mit einer künftigen hispanischen Mehrheit im Lande. In ihrer ethnischen Zusammensetzung schicken sich die USA an,

„another country“ zu werden – wird dies entscheidende Auswirkungen haben auf seine europäischen Bindungen und Werte? Was Irakkrieg und Guantanamo in Frage stellten, haben Lehman Brothers und Merrill Lynch erschüttert, den Glauben nämlich an die wirtschaftliche, politische, vor allem aber moralische Überlegenheit des westlichen Systems. „The end of the West“ wie es der Titel eines gerade erschienenen Buches nannte, is it near? Anderson, Ikenberry und Risse stellen darin Fragen nach „Crisis and Change in the Atlantic order“ und behaupten, das transatlantische Verhältnis befinde sich bereits seit Ende des Ost-West-Konflikts, mithin seit 18 Jahren, und nicht erst seit 9/11 und dem Irakkrieg in einem tief greifenden Umbruch: beide Seiten gingen nicht nur von unterschiedlichen Bedrohungsvorstellungen aus, sondern konkurrierten auch um die Begründung und Reichweite der internationalen Ordnung. Wollen wir wirklich Charles Kupchan glauben, der davon ausgeht, dass schließlich Europa aus diesem langfristigen Erosionsprozess und schließlich gar möglichen Bruch der Allianz als überlegener Akteur hervorgeht? Sofort wirft eine solche verwegene Behauptung die Frage auf, wer denn die Lücke zwischen den globalen Verpflichtungen der USA und fehlender europäischer Bereitschaft, sie zu füllen, schließlich schließen wird, etwa im Größeren Nahen Osten? Mehr Lastenteilung und mehr komplementäres europäisches Handeln sind angesagt. Werden wir dazu bereit sein? Für mich, ich verhehle es nicht, ist die Frage, ob wir die transatlantische Verbundenheit mit ihrem Anspruch aus der Präambel des Nordatlantikvertrages, die Zivilisation unserer Völker zu bewahren, erhalten und festigen können. Dies nämlich scheint mir die Frage zu sein, die wir in Europa zu beantworten haben in einem Augenblick, in dem ein neuer amerikanischer Präsident sich anschickt, die Geschicke der Welt neu zu bestimmen.

Meine Antwort lautet: Yes, we could.

Ich danke Ihnen.

BISHER ERSCHIENENE ABHANDLUNGEN:

- 2004/1.** em.o.Univ.-Prof. Dr.Dr.h.c.mult HERBERT SCHAMBECK
(*Präsident des österreichischen Bundesrates i.R., Linz-Wien*)
„Über die akademische und europäische Verantwortung“
ISBN 963 214 497 X
- 2004/2.** Dr. ANDREAS OPLATKA
„Stephan Széchenyi 1813 - 1825 - vom Rittmeister
zum Gründer der Akademie der Wissenschaften“
ISBN 963 214 322 1
- 2004/3.** Dr. NORBERT LAMMERT
„Deutsche Sprache und Kultur im zusammenwachsenden Europa“
ISBN 963 214 323 X
- 2004/4.** Dr. KENGYEL MIKLÓS
„Zeichen und Symbole in der Justiz Antrittsvorlesung 2003“
ISBN 963 214 324 8
- 2004/5.** em.o.Univ.-Prof. Dr.Dr.h.c.mult HERBERT SCHAMBECK
(*Präsident des österreichischen Bundesrates i.R., Linz-Wien*)
"Zur Entwicklung der europäischen Integration - im Miteinander von
Österreich und Ungarn - ein Beitrag auch zu einer Rechts- und
Wertegemeinschaft?"*
ISBN 963 214 707 3
- 2004/6.** Dr. REINHARD BETTZUEGE
"Auf dem Weg zu einer Neuen Weltordnung Die Rolle von Nato,
UNO und EU in den internationalen Beziehungen"
ISBN 963 865 270 5
- 2004/7.** Dr. HEINZ FISCHER
(*Bundespräsident der Republik Österreich*)
"Das politische System Österreichs Rückblick und Ausblick"
ISBN 963 865 271 3
- 2004/8.** Univ-Doz. Dr. GEORG CAVALLAR
"Die Europäische Union als Wertegemeinschaft:
die EU-14 Maßnahmen gegen Österreich und der Kopftuchstreit"
ISBN 963 865 272 1
- 2005/9.** Dr. WOLFGANG SCHÄUBLE
"Herausforderungen für Europa"
ISBN 963 865 273 X
- 2005/10.** VOLKER BOUFIER
"Sicherheitspolitische Herausforderungen
in der erweiterten Europäischen Union"
ISBN 963 865 273 X

- 2005/11.** Dr. MICHAEL INACKER
(Vice President, External Affairs & Public Policy DaimlerChrysler AG, Stuttgart)
 Außenpolitik durch Unternehmen?
 Die Ökonomisierung der internationalen Politik
 ISBN 963 865 276 4
- 2006/12.** Dr. REINHARD BETTZUEGE
 Der Auswärtige Dienst
 ISBN 963 865 277 2
- 2006/13.** JEAN-DANIEL GERBER
 (Staatssekretär, Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO), Bern, Schweiz)
 „Kann das internationale Wirtschaftssystem
 Die Herausforderungen der Zukunft meistern?“
 ISBN 963 865 279 9
- 2006/14-15.** Dr. REINHARD BETTZUEGE
 „Zivilreligion im Euro-Atlantischen Raum“
 „Die Nato geht auf Globale Partnersuche“
 ISBN 963 873 010 2
 ISBN 963 873 011 0
- 2006/16.** Dr. KLINGHAMMER ISTVÁN
 Begrüßungsrede den 15.9.2006 Andrassy Universität Budapest
 ISBN 963 873 012 9
 (978-963-87301-2-1)
- 2007/17.** Prof. Dr. LUDGER KÜHNHARDT
 Mentalität und Identität:
 Über die Europäisierung der Nationalstaaten und ihrer politischen Kultur
 ISBN 978-963-87301-4-5
- 2007/18.** Kunst des Machbaren. Vielfältige Beziehungen
 zwischen Ungarn und Deutschland.
 Besuch der BUNDESKANZLERIN ANGELA MERKEL
 an der Andrassy Universität Budapest (21.08.2007)
 Veröffentlicht mit Genehmigung der Bundesregierung Deutschlands
 ISBN: 978-963-87301-6-9
- 2008/19.** Prof. Dr. REINHARD BETTZUEGE
 Der Fall Belgien
Vortrag Andrassy Universität Budapest am 23.04.2008
 ISBN 978-963-87301-7-6
- 2009/20.** Prof. Dr. REINHARD BETTZUEGE
 Europäische Erwartungen an Präsident Obama
Vortrag an der Andrassy Universität Budapest am 20.02.2009
 ISBN 978-963-87301-9-0

© 2009/20. ANDRÁSSY UNIVERSITÄT

H - 1088 Budapest, Pollack Mihály tér 3.

Tel.: + 36 1 266 31 01; Fax: + 36 1 266 30 99

Postanschrift: H-1464 Budapest, Pf.: 1422

E-Mail: bibliothek@andrassyuni.hu

Internet: www.andrassyuni.hu

ISSN: 1785-3907

ISBN: 978-963-87301-9-0